

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Redaktionsdirektor  
Verlagsdirektor: Dr. 30011  
Eigentümer: Dr. 30011  
Verlag: Dr. 30011

Verlag: Dr. 30011  
Verlag: Dr. 30011  
Verlag: Dr. 30011

Verlag: Dr. 30011  
Verlag: Dr. 30011  
Verlag: Dr. 30011

## Zusammentritt der alten Preußenregierung

### Braun will sich an Hindenburg wenden

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Oktober. Die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes geschaffene Lage drängt, wie vorausgesehen war, neuen Konflikten zu. Schon für Mittwoch nachmittag wird

in amtlichen Kreisen mit einem Erlaß des Reichspräsidenten für Preußen, Dr. Brauns, an die Beamtenhaft gerechnet, in dem diese auf ihre Gehorsamspflicht gegenüber der kommissarischen preussischen Regierung aufmerksam gemacht wird.

Mit Entschlüssen des Reichskabinetts rechnet man in unterrichteten Kreisen am Freitag. Welcher Art diese Entschlüsse sein werden, ist noch nicht bekannt. Es sprechen jedoch die Anzeichen dafür, daß Reichspräsident und Reichsregierung das Leipziger Urteil zum Anlaß nehmen werden, die Reichsreform, deren Notwendigkeit getrieben wird, zu treiben im Sinne einer weiteren Vereinfachung des Dualismus zwischen Reich und Preußen. Eine Aufhebung der Rotverordnungen vom 20. Juli kommt wie ferner verlautet, nicht in Frage.

Die einzige Maßnahme, die auf Grund des Leipziger Urteils vom Reichskommissar in Preußen, Dr. Brauns, zurückgefordert werden wird, ist die Ernennung des Ministerialdirektors Dr. Gumbrecht zum Reichsstaatssekretär.

Inzwischen hat die im Juni abgelehnte und vom Staatsgerichtshof geteilte teilweise in ihre Funktionen eingeschickte Regierung Braun-Severina ihre „erste Kabinettsitzung“ in den Räumen des Reichsstaatssekretariats abgehalten.

Die Kabinettsitzung hat das preussische Staatsministerium eine Pressekonferenz am Mittwochnachmittag einberufen. Die staatsrechtlichen Zustände in Preußen sind also im Bewußtsein der Herrschaften, die die Regierung bilden. Es entwickelt sich um die Herren Braun, Hirtfelder und Severing jetzt eine Geschicklichkeit, die schlimme Verhältnisse bereinigen will. Braun lehnt sich, als er heute zur Kabinettsitzung fuhr, von der Eisernen Front und der SPD. Räumliche Divisionen darzubringen. An der Sitzung nahmen sämtliche früheren Minister teil. Ferner die Ministerialdirektoren Dr. Brauns und Dr. Gumbrecht. Die Besprechung dauerte beinahe drei Stunden.

Verstärkte verlautete, daß Braun die Absicht habe, einen Empfang beim Reichspräsidenten nachzusuchen.

Im Reichspräsidentenpalais ist allerdings nichts davon bekannt. Ebenso enthält die (weiter unten wiedergegebene) Verlautbarung des preussischen Staatsministeriums keinen Anhaltspunkt in dieser Richtung. Die frühere preussische Regierung steht überhaupt in dieser Verlautbarung eine Menge der Royalität und Konjunktions auf. Sie möchte vor allem die Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß sie „gar nicht so schlimm“ sei, und vor allen Dingen auf gewisse Kreise wirken, die im Reichspräsidentenpalais einen Vergleich zwischen dem Reich und dem Regime Braun-Severina be-

treiben. Es heißt, daß sich u. a. Staatssekretär Dr. Richter für eine Konzeptionspolitik in dieser Hinsicht einsetze. In leitenden Kreisen der Reichsregierung hat man allerdings erkannt, welche Gefahren daraus entstehen könnten, wenn man in diesem Punkte auch nur den kleinsten Schritt wagt.

Ueber die Abgrenzung der Befugnisse zwischen der kommissarischen und der parlamentarischen Preußenregierung sind Fühlungen noch nicht erfolgt. Das Reich will in diesem Punkte zunächst die Initiative der Herren Braun und Severing abwarten.

Außerdem ist bereits die Bildung einer Einheitsfront in Vorbereitung, die im Reichsrat aus Preußen, Bayern und Baden bestehen soll, die eine absolute Mehrheit hätte.

Zum Leipziger Urteil ist noch zu bemerken, daß auf Grund des Artikels 19 der Reichsverfassung der Reichspräsident die Aufgabe hat, die Vollstreckung des Leipziger Urteils zu vollziehen. Neben der Abgrenzung der Befugnisse spielt dabei auch die Verteilung der Ämter eine Rolle. Die Herren Braun und Severing fordern ihre alten Ämter zurück.

Die fordern das Beamtenbürokratismus und andere technische Hilfsmittel. Sie werden den Versuch machen, Aktien einfließen zu erlangen und auf diese Weise schließlich in den Ministerien ein vollständiges Durchgreifen zu errichten. Klepper scheint sich sogar mit dem Plan zu tragen, der kommissarischen Regierung auf Grund der ihm noch ausstehenden Einflüsse im preussischen Finanzministerium Schwierigkeiten zu bereiten. Das am 20. Juli glücklicherweise landierte preussische Regime ist also auf dem besten Wege, sich wieder einzunisten. Es ist also auf dem besten Wege, sich wieder einzunisten. Es ist also auf dem besten Wege, sich wieder einzunisten.

wieder engere Fäden zwischen Zentrum und Sozialdemokraten

gesponnen. In Berlin sieht man dies so aus, als solle das Rad der Geschichte wieder rückwärts gedreht werden in der Richtung auf das Regime, das Preußen in den letzten zehn Jahren in Grund und Boden gewirkt hat. Es wird erheblicher Anstrengungen nicht nur der Reichsregierung, sondern vor allen Dingen auch der verantwortungsbewußten Führer der nationalen Front bedürfen, um schwere Schädigungen des autoritativen Staatsgedankens zu verhindern.

Niemals war die Notwendigkeit einer Herbeiführung der nationalen Gruppen untereinander über allen Parteizwist und über alle Differenzen der letzten Zeit hinweg größer als in dieser Stunde.

wo auf den Rücken der Paragraphen die Herren Braun, Severing, Klepper, Hirtfelder und Grimme wieder ihren Einzug in die Räume der preussischen Staatsministerien zu halten im Begriff sind.

## Die Erklärung des Kabinetts Braun

Berlin, 26. Okt. Das Büro der preussischen Staatsminister veröffentlicht folgende Mitteilung: „Das preussische Staatsministerium trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun zu einer Kabinettsitzung zusammen. Sämtliche Staatsminister waren anwesend. Die Vertreter Preußens in dem Leipziger Prozeß erstatteten Bericht über die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof. Die durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes geschaffene Lage wurde im einzelnen erörtert.“

Ministerpräsident Braun stellte als einheitliche Ansicht des Staatsministeriums fest, daß das Staatsministerium die Entscheidung des Staatsgerichtshofes als maßgebende und zur Entwirrung der Lage geeignete Grundlage betrachtet.

Das Staatsministerium hat danach nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Befugnisse auszuüben, die ihm nach der Entscheidung weiterhin zustehen. Die Staatsregierung wird diese Befugnisse im Sinne möglicher, reibungsloser Zusammenarbeitens mit den anderen verantwortlichen Stellen ausüben und sich dabei lediglich von den Interessen des Reiches und des Landes leiten lassen.“

### Zuständigkeitsfragen

Berlin, 26. Okt. Im Zusammenhang mit der Leipziger Entscheidung ist unter anderem auch die Frage aufgetaucht, ob nun Antworten auf parlamentarische Anfragen von Mitgliedern des Landtages nicht von der Regierung Braun beantwortet und unterzeichnet werden müßten, während bisher die kommissarische Regierung als mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt die Antworten erteilte und unterzeichnet. In unterrichteten Kreisen der kommissarischen Regierung wird dem

## Die Erklärung des Kabinetts Braun

Nachrichtensbüro des V.D.S. gegenüber darauf hingewiesen, daß nach Ansicht des Reichskommissars auch nach der Leipziger Entscheidung nur der Reichskommissar allein berechtigt sei, die Beamten in der Richtung anzuweisen, in der sie Antworten auf parlamentarische Anfragen zu erteilen haben.

Wie es allerdings mit der Unterschriftsbefugnis gegenüber dem Landtag bestellt ist, sei fraglich.

### Keine Koalitionsverhandlungen in Preußen

Berlin, 26. Oktober. Gegenüber verschiedenen Blättermeldungen über geheime Koalitionsverhandlungen in Preußen wird dem Nachrichtenbüro des V.D.S. mitgeteilt, daß solche Besprechungen nicht im Gange sind und aller Voraussicht nach vor der Reichstagswahl auch nicht stattfinden werden.

### Sir Eric Drummond von Berlin abgereist

Berlin, 26. Okt. Sir Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, ist am Dienstagabend wieder von Berlin abgereist. Die Entscheidung über die Reisebefehle der Sekretariatsposten wird erst in Genf erfolgen. Sir Eric Drummond hatte im Laufe des Dienstag Besprechungen mit Reichskanzler von Papen, Reichsbauminister Freiherrn von Neurath und Staatssekretär von Bülow.

### Kein Verkauf der China-Ostbahn an Japan

Woods, 26. Oktober. Die Moskauer amtlichen Stellen erklären, daß die japanischen Nachrichten über einen Verkauf der chinesischen Ostbahn an Japan falsch seien.

## Die Finanzlage der Arbeitslosenversicherung

Berlin, 26. Oktober. Die Tatsache, daß die von der Reichsregierung angelegten 70 Millionen Mehrkosten, die durch die Erhöhung der Unterhaltungsätze entstehen, aus den Ersparnissen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung genommen werden, hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Finanzlage der Reichsanstalt gelenkt. Obwohl die Reichsanstalt nicht nur die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen hat, sondern auch für die der Kurzarbeiter und für die Bildungsmassnahmen für jugendliche Arbeitslose zu werben hat und ferner bei dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung mitwirken muß, war es der Reichsanstalt möglich, dem Reich ab 1. April aus ihren Uberschüssen noch rund 160 Millionen zur Verfügung zu stellen, nachdem sie sich an dem ersten Arbeitsbeschaffungsplan der Reichsregierung bereits mit 20 Millionen Zuschüssen beteiligt hatte. Nach der neuen Abgabe zur Arbeitslosenhilfe glaubt die Reichsanstalt dem Reich im Winterhalbjahr für die Krisenfürsorge rund 240 Millionen Reichsmark ausführen zu können. Auch im zweiten Halbjahr ist mit Uberschüssen zu rechnen.

## Vertreter der Landwirtschaft bei Hindenburg

Berlin, 26. Oktober. Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Vorsitzenden des Schlesischen Landbundes, Rittergutsbesitzer von Rohr-Ranke, und den Präsidenten der Landwirtschaftskammer Niederschlesien, Schneider, zu einem Vortrag über die Lage der schlesischen Landwirtschaft; ferner den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Freiherrn von Runkel, der ihm über die landwirtschaftliche Lage in den westdeutschen bäuerlichen Bezirken Vortrag hielt.

## Kein Schwanken in der Kontingentierungspolitik

Berlin, 26. Oktober. In einer politischen Zeitschrift wird behauptet, daß die Reichsregierung auf Grund des Zwischenberichtes der „Tomatenkommission“ zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß die Kontingentierungsmassnahmen nicht in dem geplanten Umfang durchgeführt werden könnten. Von zuständiger Stelle wird demgegenüber erklärt, daß die Kontingentierungsmassnahmen so wie angefangen weiter durchgeführt werden.

## Bombenattentat gegen ein Verlagsgelände

München, 26. Okt. In das Druckerelände des „Münchener Tageblattes“ wurde heute früh 3.30 Uhr eine Bombe geworfen, die schweren Schaden an dem Gebäude und an den Maschinen anrichtete. Bei den Nachbarhäusern wurden die Fensterhebel zertrümmert, verletzt wurde niemand. Am Vormittag weilte eine Gerichtskommission an Ort und Stelle, um die notwendigen Erhebungen vorzunehmen. Das Blatt verfolgt eine unabhängige nationale Richtung.

## Selbstmord des Kommerzienrats Delaporte

Bayreuth, 26. Okt. Der frühere technische Direktor der Bayerischen Elektrizitäts-Versorgungsgesellschaft a. G., Kommerzienrat Hans Delaporte, der am Dienstag zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hat sich in der Nacht in seiner Wohnung mit Gas vergiftet. Er hatte der gestrigen Urteilsverkündung infolge eines ärztlichen Rats nicht beigewohnt und sollte heute vormittag verhaftet werden.

## Unterschlagungen im polnischen Aero-Klub

Warschau, 26. Okt. Baron Rosenbergh, der Vizepräsident des Aero-Klubs und gewesene Präsident des Verwaltungsrats der polnischen Flugzeugfabrik Wiala Robalka, ist gestern unter der Beschuldigung verhaftet worden, zum Gunsten der Flugzeugfabrik und des Staatschatzes 600 000 Zloty unterschlagen zu haben.

## Die eigene Frau in den Brunnen geworfen

Stendal, 26. Oktober. Der Besitzer Jallag fand gestern auf seinem Gartengrundstück im Brunnen die Leiche seiner seit Juni dieses Jahres vermißten Schwiegertochter. Man darf als sicher annehmen, daß der Ehe-mann der Toten, der 20 Jahre alte Maurer Jallag, die Frau in den Brunnen geworfen hat. Er hat sich, nachdem er zunächst gekümmert war, noch im Laufe der Nacht dem hiesigen Gericht gestellt. Jallag hatte bisher stets angegeben, daß seine Frau ihn freiwillig verlassen hätte.

## von Cronau in Bombay

Bombay, 26. Oktober. Der Großland-Wal hat seinen Flug bis Bombay fortgesetzt. Das Flugboot wird hier voraussichtlich bis Donnerstag ruhen müssen, da v. Noth, der zweite Führer des Dornier-Wal, hierher hat. Noth befindet sich in Behandlung eines deutschen Arztes. Die übrige Besatzung ist gesund.

„Graf Zeppelin“ über den Kapverdischen Inseln. Am Mittwoch um 5.30 Uhr ließ Graf Zeppelin die Insel Boa Vista der Kapverdischen Inselgruppe überfliegen.